

(Präsidentin Friebe)

- (A) Ich rufe auf den **Änderungsantrag** der Fraktion DIE GRÜNEN **Drucksache 11/8169** - Stichwort: Informationskampagne zur Ozonproblematik -. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - F.D.P. und GRÜNE. Wer ist dagegen? - SPD und CDU. Gibt es Enthaltungen? - Der Antrag ist **abgelehnt**.

Ich rufe auf den **Einzelplan 10** entsprechend der **Beschlußempfehlung Drucksache 11/8010**. Wer der Beschlußempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - SPD. Wer ist dagegen? - CDU, F.D.P. und GRÜNE. Enthält sich jemand der Stimme? - Ich darf feststellen daß der Einzelplan 10 damit in zweiter Lesung **angenommen** ist.

(Zuruf)

- Ach so. Darf ich bitten, den **Änderungsantrag** der Fraktion DIE GRÜNEN **Drucksache 11/8168** noch einmal zur Hand zu nehmen. Offenbar habe ich hier etwas vergessen. Ich habe zwar diesen Änderungsantrag aufgerufen; aber er hat zwei Ziffern, nämlich: Anlage 1: Ökologischer Sonderfonds Bodenschutz und Anlage 2: Stärkung der Umweltverwaltung. Über diese **Anlage 2** - Stärkung der Umweltverwaltung - lasse ich jetzt noch einmal abstimmen.

- (B) (Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Der Einzelplan 10 ist doch schon durch!)

- Trotzdem lasse ich über den Änderungsantrag abstimmen. Ich hatte über den Änderungsantrag Drucksache 11/8168 zusammengefaßt abstimmen lassen. Aber hier kommt der Hinweis, daß man das einzeln hätte machen müssen. Also lasse ich noch einmal darüber abstimmen, damit es ganz klar ist.

Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? - SPD, CDU und F.D.P. Enthält sich jemand der Stimme? - Auch dieser Änderungsantrag ist **abgelehnt**, und der Einzelplan 10 ist schon soeben in der Fassung der Beschlußempfehlung in zweiter Lesung **angenommen** worden. - Herzlichen Dank!

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren, wir kommen zu **Nummer 5:**

Einzelplan 02: Ministerpräsident und Staatskanzlei

(C)

Als erste Rednerin wird Frau Abgeordnete Hieronymi für die Fraktion der CDU das Wort ergreifen.

Abgeordnete Hieronymi (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Glaubwürdigkeit in der Politik - ich denke, dies müßte eigentlich in besonderer Weise die Leitlinie des Haushalts des Ministerpräsidenten sein, über den wir jetzt beraten. Ich nehme deshalb die Haushaltsberatungen zum Anlaß, um dies in drei wichtigen Aufgabenfeldern beispielhaft zu überprüfen.

Erstes Beispiel: Unterbringung der Staatskanzlei. Das Ständehaus, der historische Ort der parlamentarischen Geschichte unseres Landes, sollte nach dem Umzug des Landtags in diesen Neubau 1988 Sitz des Ministerpräsidenten werden. Doch schon bald nach dem Umzug zogen sich die Landesregierung und insbesondere der Ministerpräsident von diesen ursprünglichen Plänen zurück - aus Sparsamkeitsgründen, hieß es,

(Unruhe - Glocke des Präsidenten -)

weil die Kosten für die Sanierung des denkmalgeschützten Baus zu hoch seien.

(D)

Das historische Haus soll nun verkauft und als Hotel oder ähnliches genutzt werden. Meine Damen und Herren, zu Recht ist nicht nur in Düsseldorf, sondern über alle Fraktionsgrenzen hinweg breiter Protest gegen diese Pläne entstanden.

In den letzten Jahren ist deutlich geworden: Nicht aus Gründen der Sparsamkeit, wie Herr Rau vorgegeben pflegt, sondern weil die Staatskanzlei zu groß geworden ist, paßt das Ständehaus nicht mehr.

(Zuruf von der SPD: Ist das ein Niveau!)

Meine Damen und Herren, wie kein anderes Ministerium ist die Staatskanzlei in den vergangenen Jahren deutlich gewachsen. 1995, Herr Minister Clement, will die Staatskanzlei insgesamt 424 Mitarbeiter beschäftigen. Zum Vergleich: Zehn Jahre vorher, 1984, lag die Zahl bei 323; eine Steigerung von 31 %.

(Hieronymi [CDU])

- (A) Entsprechend stiegen natürlich auch die Personal- und Sachaufwendungen für die Staatskanzlei in diesen zehn Jahren von 27 Millionen auf 51 Millionen DM. Das sind bemerkenswerte 86 %.

Meine Damen und Herren! Kennen Sie irgendeinen Bereich in unserem Lande, in dem die Menschen dringend Hilfe brauchen, in dem wir solche Steigerungsraten haben? In den Kindergärten? In den Krankenhäusern? Bei unseren Universitäten? In den Schulen? Nirgendwo finden wir bei den Personal- und Sachausgaben solche immensen Steigerungsraten wie in Ihrem Haushalt, Herr Ministerpräsident, wenn Sie auf einige Jahre zurückblicken.

(Beifall bei der CDU)

Nun zu den tatsächlichen Kosten: Für die Unterbringung dieser aufgeblähten Staatskanzlei ist die alte Unterkunft zu klein. Ein neues Haus muß auf jeden Fall her. Die Frage ist nur, welches und was kostet es. Der Ministerpräsident hat im Verein mit dem Finanzminister versucht, am Parlament vorbei Fakten zu schaffen. Der Hauptausschuß hat sich zu Recht gemeinsam mit der Präsidentin dieses Hauses gegen diese Umgehung des Parlamentes gewehrt.

- (B) Dabei kam heraus: Die Staatskanzlei soll in das jetzt durch das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales genutzte Haus ziehen. Kostenpunkt für das neue Ministerium Arbeit und Gesundheit: 100 Millionen DM - Zahlen des Finanzministers.

Was kostet denn der Umzug ins Ständehaus? Was würde der denn kosten? Nach den offiziellen Zahlen 83 Millionen DM. 14 Millionen DM sind schon zur Substanzerhaltung eingesetzt worden. Somit verbleiben 69 Millionen DM. Meine Damen und Herren! Wenn Sie selbst zu diesen Zahlen noch die Kosten für die Unterbringung - die sind seit 1988 immer mit eingerechnet worden - in der Kronprinzenstraße und der Elisabethstraße rechnen, Herr Ministerpräsident, dann lautet das Fazit: Der Umzug ins Ständehaus mit Kronprinzenstraße und Elisabethstraße ist nicht teurer als der Bau oder der Kauf eines neuen Arbeits- und Sozialministeriums.

Herr Ministerpräsident, warum blockieren Sie nach wie vor die Rettung des Ständehauses? Heute heißt es in der "WAZ": "Landtag weiter in Not. Der Versuch, die Staatskanzlei dort unterzubringen, scheitert an Ministerpräsident Rau."

Im Interesse dieses Landes und unserer Geschichte haben sich in den letzten Wochen alle Fraktionen dieses Hauses, Herr Ministerpräsident, dafür ausgesprochen, daß Sie auf den Verkauf des alten Ständehauses, des traditionellen historischen Sitzes des Parlamentes, verzichten mögen. (C)

In Anbetracht der Bedeutung, die diesem Hause zukommt: Leisten Sie einen Beitrag zur Glaubwürdigkeit in der Politik. Verscherbeln Sie nicht einen Eckpfeiler unserer Landesgeschichte! Mit dem Umzug in das Ständehaus dienen Sie beiden: Sie geben nicht mehr Geld aus, aber Sie dienen der Geschichte unseres Landes und dieses Parlamentes.

Zweites Beispiel: Bedeutung der politischen Bildung im Haushalt des Ministerpräsidenten. In Festtagsreden pflegt Ministerpräsident Rau die herausragende Bedeutung der politischen Bildung für die Demokratie in unserem Lande zu loben. Herr Ministerpräsident, da haben Sie uns voll an Ihrer Seite, unsere Unterstützung ist Ihnen gewiß.

Aber wenn wir dann in den Landeshaushalt sehen, stellen wir fest: Erneut klaffen Reden und Handeln dieses Ministerpräsidenten meilenweit auseinander.

(Beifall bei der CDU)

Die politische Bildung ist eine der wichtigsten Aufgaben im Landeshaushalt. Sie ist die Stelle, in der auch in diesem Jahr wieder rigoros gekürzt wird - insgesamt 990 000 DM bei den Trägern, die auf diese Zuschüsse angewiesen sind, um ihre politische Bildung aufrechtzuerhalten. (D)

Herr Ministerpräsident, wenn überall gekürzt würde, müßte man auch darüber reden können. Aber in einer Zeit, in der Sie im Haushalt bei der politischen Bildung schmerzhaft kürzen, erhöhen Sie die Förderung des Landes an die Filmstiftung Nordrhein-Westfalens um fast 2 Millionen DM, also um ziemlich genau den doppelten Betrag, den Sie bei der politischen Bildung kürzen.

Wir halten dieses zweierlei Maß nicht für gerechtfertigt und kämpfen nach wie vor für die Zuschüsse für die politische Bildung, mindestens in der Höhe, wie sie bisher auch vorhanden waren.

Drittes Beispiel: Neue Flüchtlingspolitik in Nordrhein-Westfalen nach dem Modell Skopje. Herr Ministerpräsident, Sie haben unsere volle

(Hieronymi [CDU])

- (A) Unterstützung, wenn Sie auch einen Beitrag der Länder zur Bekämpfung alter und neuer Fluchtursachen einfordern. Mehr denn je muß Hilfe zur Selbsthilfe im Heimatland geleistet werden.

Unseren entschiedenen Widerstand aber finden Sie, wenn Sie unter dem Deckmantel des Namens "neue Flüchtlingspolitik" Fehler, die Sie und Herr Schnoor in der Innenpolitik zu verantworten haben, aus der Welt schaffen wollen.

(Zuruf des Abgeordneten Büssow [SPD])

"Das Reintegrationsprogramm" - ich zitiere aus dem Bericht der Landesregierung - "Skopje ist Modell und Anwendungsform neuer Flüchtlingspolitik, darauf ausgerichtet, die Situation in den Herkunftsländern potentieller Flüchtlinge strukturell zu verbessern."

Wenn Skopje ein Modellfall sein soll, müßten Sie zumindest die Frage beantworten, wie denn die Übertragbarkeit dieses Modellprojekts aussieht.

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Das hat doch damit nichts zu tun!)

Wo gibt es denn vergleichbare Modelle, die in der Folge entwickelt worden sind?

(B)

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Das ist doch das erste Projekt in der Welt!)

Auf all diese Fragen haben Sie keine Antwort,

(Zurufe von der SPD: Doch!)

weil Skopje kein Modellprojekt ist.

(Abgeordneter Dr. Dammeyer [SPD]: Es gibt kein anderes Modell! Wissen Sie das immer noch nicht?)

- Herr Dammeyer, werfen Sie einmal einen Blick in den Haushalt, und suchen Sie die Titelgruppe "Neue Flüchtlingspolitik". Die gab es, um Skopje zu finanzieren. Sie findet jedoch nicht mehr statt. Das ist ein Nullansatz. Herr Dammeyer, schauen Sie sich das im Haushalt einmal an.

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Es heißt jetzt "Technische Zusammenarbeit"!)

- Nein, ich kann Sie aufklären: Es gibt eine neue Titelgruppe 76 "Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Flüchtlingen", (C)

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Das ist ja auch in Ordnung!)

die mit der Titelgruppe 72, der umfassenden Titelgruppe "Internationale Zusammenarbeit", gegenseitig deckungsfähig ist.

(Abgeordnete Speth [SPD]: Ja und?)

- Frau Speth, schauen Sie in den Haushalt hinein: In dieser Titelgruppe finden Sie als Aufgaben die Durchführung von Entwicklung und Befriedung im Nahen und Mittleren Osten sowie im nördlichen Afrika, die Durchführung von Programmen im Rahmen der Migrationspolitik sowie für humanitäre Hilfen im Ausland.

Sie haben jetzt also das gesamte Spektrum der Aufgaben in der Titelgruppe "Internationale Zusammenarbeit" zusammengepackt. Dahin gehört es auch. Nur: Nirgendwo finden Sie das wieder, was ursprünglich mit dem Modellprojekt Skopje verbunden war, und zwar deshalb, weil es ein Einzelprojekt war, bei dem es lediglich darum ging, die Entscheidung über nicht zutreffende asylrechtliche Versprechungen an Roma und Sinti durch diese Landesregierung aus der Welt und aus der Erinnerung zu schaffen. (D)

Herr Ministerpräsident, ziehen Sie die Konsequenzen. Die sogenannte neue Flüchtlingspolitik nach dem Modell Skopje ist gescheitert. Lassen Sie uns gemeinsam für Hilfen für Flüchtlinge arbeiten, die diesen Namen auch verdienen. Das Modell Skopje hat dazu keinen Beitrag geleistet.

(Beifall bei der CDU - Abgeordneter Büssow [SPD]: Sollen wir es jetzt abbrechen, oder wie?)

Ich fasse zusammen. All diese Beispiele zeigen: Ministerpräsident Rau verspricht viel mit Anspruch auf hohe Glaubwürdigkeit. Der Haushalt des Landes und insbesondere Ihr eigener Haushalt, Herr Ministerpräsident - ich habe die Beispiele aufgezeigt -, weisen aus, daß Ihre Versprechen in zentralen Fragen, selbst wenn sie Ihren eigenen Zuständigkeitsbereich betreffen, nicht gehalten

(Hieronymi (CDU))

(A) werden. Die CDU lehnt deshalb den Haushalt des Ministerpräsidenten ab. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Kollegen Büssow für die Fraktion der SPD das Wort.

Abgeordneter Büssow (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Daß die CDU die Mittel in diesem Bereich kürzen will und daß die CDU das Skopje-Projekt kritisiert, ist nichts Neues. Daß die GRÜNEN die Filmstiftungsmittel um 10 Millionen DM reduzieren wollen, ist eigentlich auch nichts Neues. Das zeigt nur, daß die GRÜNEN in Nordrhein-Westfalen gegen die Filmwirtschaft eingestellt sind, im Gegensatz zur Landesregierung und zur Mehrheitsfraktion.

Über das Ständehaus will ich jetzt gar nicht lange parlieren. Es ist bekannt, daß sich die SPD-Fraktion in dieser Frage in einem Meinungsbildungsprozeß befindet, den wir wohl im Januar abgeschlossen haben werden. Es ist auch bekannt, daß ich für die Erhaltung des Ständehauses und nicht für den Verkauf bin. Auf welche Weise das Problem gelöst wird, wird man sehen.

(B)

(Abgeordnete Hieronymi [CDU]: Dann tu' auch was dafür!)

Ob Sie daran die Aufblähung der Staatskanzlei festmachen sollen, hätten Sie sich vorher überlegen müssen. Dafür hätten Sie nicht das Ständehaus in Anspruch nehmen müssen. Das haben Sie jedes Jahr gemacht, und das gehört auch zu den Pflichtaufgaben der Opposition.

Auch die Anträge, die gestellt worden sind, sind nicht sehr spannend; sie stimmen in vielem mit dem überein, was wir in den letzten Jahren hatten, und das ist ja auch das Dilemma der Opposition. Darüber möchte ich in den zehn Minuten, die ich habe, reden.

Die Opposition ist alternativ nicht originell zur Politik der SPD und der Landesregierung, und das kriegen Sie auch inhaltlich nicht hin. Als ich das letzte Mal darüber gesprochen habe, sind Sie ausgezogen; Sie können ja auch jetzt wieder auszie-

hen, wenn es Ihnen nicht paßt, aber immer kann man nicht ausziehen. (C)

(Abgeordneter Hegemann [CDU]: Ich bin zutiefst betroffen!)

- Das war so, an der Stelle sind Sie ausgezogen.

Mitte der Legislaturperiode - das war um 1992 - haben Sie einen Strategiewechsel vorgenommen: Sie haben sich auf den Streit im Verfahren verlegt, statt auf Inhalte zu setzen, denn in den Inhalten sind Sie in unserem Lande nicht sehr populär. Wir erinnern uns noch an die polemischen Zuspitzungen bei der CDU - das ist ja das Neue, was wir hier erleben konnten - gegenüber den GRÜNEN. Sie werden sich noch daran erinnern, wie das hier vor drei Jahren war, wenn Reden von der CDU gegenüber den GRÜNEN von dieser Stelle aus gehalten worden sind; da hat sich in der Tat viel verändert. Die Bewegungen - so hat es auch Abgeordneter Vesper in einer Zeitung gesagt - verlaufen da atemberaubend schnell. Das kann ich nur bestätigen.

Eine Partei wie die Bündnisgrünen, die in der Ausländerpolitik für Rechtsstaatlichkeit und Großzügigkeit eintritt, arbeitet nun mit der CDU zusammen, deren Fraktionsvorsitzender beim Thema Flüchtlings- und Asylpolitik hier von diesem Pult aus bei seiner Argumentation die Auffassung vertreten hat, daß möglichst alle ausländischen Flüchtlinge - das hat er hier von dieser Stelle aus gesagt -, die in Deutschland angekommen sind, schnellstmöglich aus Deutschland wieder herauszukomplementieren sind. (D)

(Abgeordneter Hegemann [CDU]: Das ist unverschämt! - Abgeordnete Hieronymi [CDU]: Das ist eine Lüge!)

- Wir können ja die Reden nachlesen.

(Abgeordneter Hegemann [CDU]: Dann tun Sie das, bevor Sie so etwas behaupten!)

Übrigens hat sich die Koalition aus CDU und F.D.P. erneut gegen die doppelte Staatsbürgerschaft ausgesprochen, was sehr zu bedauern ist. Da hat sich die F.D.P. mit ihrem Ansatz nicht durchgesetzt. Die Bündnisgrünen und die CDU lehnen das Flüchtlingsprojekt in Skopje ab; wir

(Büssow [SPD])

- A) haben das gerade von Frau Hieronymi noch einmal gehört. Die GRÜNEN lehnen es aus dem Grunde ab, weil die Roma-Familien nach ihrer Auffassung hier bleiben sollen, und die CDU lehnt es ab, weil sie meint, daß man die Roma, ohne ein solches Projekt durchzuführen, hätte ausweisen sollen.

Was hat sich geändert im Verhältnis schwarz-grün? Im nachhinein wird da ja viel hineingeheimnist. Gunther Hoffmann von der "Zeit" meinte am 9. Dezember 1994:

Wenn die CDU früher gesehen hätte, daß all das, das Subsidiäre, die Liebe zu kleinen Einheiten - bis hin zu Dorfschulengestaltung - durchaus zu ihrer Rhetorik paßt, käme die schwarz-grüne Debatte heute nicht so aus heiterem Himmel.

Wenn das die GRÜNEN und die Union früher erkannt hätten! - Weiter meint Hoffmann:

Schwarz-grün ist vor allem also die Geschichte einer grotesken Verspätung.

Du lieber Gott, kann man da nur sagen, welche Erkenntnis!

- B) (Zuruf des Abgeordneten Hegemann [CDU])

Meine Damen und Herren, man braucht gar nicht lange darüber nachzudenken, was sich zwischenzeitlich ereignet hat, Lothar Hegemann. Gar nicht viel: Der CDU droht nur, der Koalitionspartner wegzuschmelzen. Die F.D.P. verliert ihre Fähigkeit, Mehrheitsbeschaffer für die CDU zu sein. Sie wird zwischen Eigenständigkeit und Anpassung - wir alle erleben ja diesen Prozeß; zuletzt ist es mehr Anpassung als Eigenständigkeit - zerrieben.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beweisen nun der Öffentlichkeit tagtäglich, daß sie diese Rolle systemgerecht und funktionstreu übernehmen können.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Neel!)

Dieser Prozeß ist heilsam für alle Beteiligten und sorgt hoffentlich für mehr Rationalität im Verhältnis der Parteien zueinander.

(Abgeordneter Hegemann [CDU]: Können Sie mir die Titelgruppe angeben, über die Sie gerade reden? - Zuruf der Abgeordneten Hieronymi [CDU])

Insofern hat Herr Schumacher in der NRZ heute völlig recht, wenn er schreibt, daß das Verhältnis zu den Parteien untereinander rationaler sein sollte. (C)

Die F.D.P. erlebt jetzt übrigens an sich selbst die Folgen der Wettbewerbsgesellschaft, die für andere zu fordern sie nicht müde geworden ist.

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Wir sind immer für Wettbewerb!)

Die auffälligsten Kapriolen schlägt in dieser Phase die NRW-CDU. Wenn es um die Macht geht oder in Bonn der Machtverlust droht, fürchten die Christdemokraten weder Tod noch Teufel.

(Zurufe des Abgeordneten Hegemann und der Abgeordneten Hieronymi [CDU])

Wie behende und gleichzeitig wie kühl der langjährige Oppositionspartner F.D.P. von Herrn Reul und auch von Herrn Linssen ausgewechselt wird, ist atemberaubend. Am 9. November 1994 erklärte Reul - so war es in der Zeitung zu lesen -, für die CDU sei die Koalition mit den GRÜNEN auch auf Landesebene denkbar.

(Abgeordnete Hieronymi [CDU]: Ist das schon Gesprächsthema im Kabinett, oder wie?) (D)

Das ist der Punkt, der für die Landtagswahl natürlich von Interesse ist, weil wiederum viele Wählerinnen und Wähler diese Frage anders gesehen haben. Die GRÜNEN-Stimme wird in Teilbereichen von Nordrhein-Westfalen zur Risikostimme. Das ist in Düsseldorf so gewesen, das ist in 19 anderen Städten so gewesen, wo vorher nicht erklärt worden ist, daß man mit schwarz geht.

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Warum ist das ein Risiko?)

Das finde ich nicht schlimm; es ist in Ordnung, daß es so gemacht worden ist, aber es ist vorher nicht erklärt worden.

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Warum denn?)

Deshalb die Risikostimme.

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Warum denn ein Risiko, Herr Büssow?)

(Büssow [SPD])

(A) Nach dem Wiedereinzug der GRÜNEN in den Bundestag sind Sie beflügelt. Und jetzt leisten die GRÜNEN auch Erziehungsarbeit. Jetzt bin ich an dem Punkt Michael Vesper - wenn es erlaubt ist.

Da werden die Beziehungen der Bündnisgrünen zur SPD oder zur CDU gern in den Begrifflichkeiten der Pädagogik erläutert.

(Lachen des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE])

Von den "Kindern der Altparteien" ist die Rede. Oder: "Rot-grüne Bündnisse scheitern" - nach Vesper - "am sperrigen und arroganten Verhalten von sozialdemokratischen Betonköpfen."

(Zustimmung des Abgeordneten Hege-
mann [CDU] - Abgeordnete Höhn [GRÜNE]:
Das ist genau unser Problem!)

Ja! - Und Vesper maßt sich nun in diesem Diskurs natürlich das Definitionsmonopol an.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Möchtest du das lieber?)

Wer hier arrogant und sperrig ist, das erklären die GRÜNEN.

(B)

So und ähnlich werden die Verhältnisse auch in den Artikeln der Regionalzeitungen von Nordrhein-Westfalen beschrieben. Aus der Sicht der GRÜNEN könnte man es so sagen: Der unerträgliche Zustand der demokratisch gefundenen Mehrheit im Landtag kann nur durch rot-grüne Bündnisse demokratieverträglich gemacht werden.

(Lachen des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE])

Das ist der ganze Argumentationstopos der GRÜNEN. Mehr nicht.

Einige Unklarheiten wurden übrigens in den letzten Tagen beseitigt. In einem Interview der "Aachener Nachrichten" vom 3. Dezember 1994 stellte Vesper klar:

Wir sind nicht die verlorenen Söhne und Töchter der SPD. Wir sind auch nicht das Eigentum der Sozialdemokraten.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE] nickt und meldet sich zu einer Zwischenfrage.) (C)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Büssow, wollen Sie eine Zwischenfrage zulassen?

Abgeordneter Büssow (SPD): Nein, bitte nicht.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE])

- Ja, das hat ja auch kein Mensch gesagt. Aber es ist gut, daß es endlich einmal ausgesprochen worden ist.

(Zustimmung der Abgeordneten Speth [SPD])

Nein, "Bündnisgrüne sind nicht die verlorenen Söhne und Töchter der SPD", erläuterte der Kreisvorsitzende der CDU von Düsseldorf letzten Freitag in der "Rheinischen Post", "sondern vielmehr der CDU".

(Beifall bei der SPD - Lachen des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE])

Zitat:

(D)

Bei einem Mann wie Michael Vesper, dem Sprecher der Bündnisgrünen im Landtag Nordrhein-Westfalen, werde das deutlich

sagt Schulhoff.

Vater Vesper sei viele Jahre ein geachtetes Mitglied der Düsseldorfer CDU-Ratsfraktion gewesen.

Immer noch Zitat! - Inhaltsschwer und zukunfts-schwanger - sage ich jetzt - führte Schulhoff weiter aus:

Dort, wo es um die Erhaltung von Werten - Umwelt - gehe, könne BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN uns sehr nahe sein.

Na, bitte schön, das habe ich, Jürgen Büssow, immer gesagt.

Deshalb habe ich auch nicht verstanden, meine Damen und Herren jetzt von der Union, warum sich die Düsseldorfer CDU bei den Gesprächen

(Büssow [SPD])

- (A) nach der Kommunalwahl nicht darauf verständigen konnte, eine gemeinsame Liste zur Bürgermeisterwahl zu machen. Dann hätten wir zusammen den GRÜNEN-Bürgermeister mitwählen können. Da war die Stadt-Union noch nicht so weit wie Reul heute. Man muß von der Stadt-Union sagen: Sie ist mehr Nachläufer als Vorläufer. Ich glaube, heute würde sie das machen.

(Zurufe der Abgeordneten Hegemann und Diegel [CDU])

- Entschuldigung, ich darf mich doch mit Ihrem Zustand auseinandersetzen! Sie haben doch nichts dagegen, wenn ich das tue, oder?

Und wenn das so weitergeht, meine Damen und Herren, werden in Zukunft politische Zusammenarbeiten der GRÜNEN nur noch nach gelungenen Erziehungsprozessen möglich sein - im Sinne von Vesper -,

(Lachen des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE])

wenn nämlich die Befindlichkeit der grünen Freundinnen und Freunde hinreichend stabil ist.

- (B) Und wenn Sie über gewerkschaftliche und sozialdemokratische Betonköpfe verärgert sind, dann wird es eben schwarz gemacht! Schließlich glaubt man in der CDU, wie der Bonner "General-Anzeiger" am 15. November 1994 feststellte, an vergleichbare Wählerpotentiale von GRÜNEN und Christdemokraten. Im Bürgertum, so das Zitat, gibt es manchen Berührungspunkt. - Von links kommentiert: Die Bürgerlichen kontrahieren mit sich selbst.

Meine Damen und Herren, meine Redezeit ist an dieser Stelle zu Ende.

(Zuruf des Abgeordneten Hegemann [CDU])

Ich darf noch eine Definition zu "Beton" bringen. Das wird Sie interessieren und uns weiterführen. Das Duden-Bedeutungswörterbuch definiert "Beton" wie folgt: jene am Bau verwendete Mischung aus Zement, Wasser und Sand

(Abgeordneter Hegemann [CDU]: Und Stahl!)

oder ähnliches, die im trockenen Zustand sehr hart und fest ist.

Stahlbeton, meine Damen und Herren, ist darüber hinaus in seiner Härte und Festigkeit auch noch flexibel. - Das sind in der Tat wir Sozialdemokraten. Wir machen hier eine ganz erfolgreiche Politik und werden das auch in Zukunft tun. - Ich danke trotzdem für die Aufmerksamkeit. (C)

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Warum "trotzdem"?)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Kollegen Dorn für die Fraktion der F.D.P. das Wort.

Abgeordneter Dorn (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach dem kleinkarierten Ausflug in die parteipolitischen Auseinandersetzungen möchte ich Ihnen eins sehr deutlich sagen, Herr Büssow: Unsere Sorgen werden wir selber lösen müssen.

(Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Das stimmt!)

Die werden wir auch lösen, wie wir 1956 mit eigenständiger Politik dafür gesorgt haben, daß eine sozial-liberale Koalition hier zustande kam, wie wir 1969 in Bonn dafür gesorgt haben, daß eine sozial-liberale Koalition zustande kam. Wo wären Sie denn in beiden Fällen ohne die Freien Demokraten geblieben? (D)

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Ich habe Sie doch garnicht beschimpft!)

Und 1982, als Ihre Partei Helmut Schmidt das Vertrauen entzog und keine Sicherheit für die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik möglich war, haben wir in eigener Entscheidung eine Koalition herbeigeführt, die wir in Bonn heute noch haben.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Sie dürfen darauf rechnen, daß ich mich in der parteipolitischen Auseinandersetzung um den Einzelplan des Ministerpräsidenten, um den es hier geht, nicht durch Nebenkriegsschauplätze abdrängen lasse, die Sie hier eröffnen.

Ich habe zwei Anträge der F.D.P.-Fraktion zum Haushalt des Ministerpräsidenten zu begründen. Der erste Antrag geht dahin, den Zuschuß für das Filmfestival in Köln von 350 000 DM zu streichen. Insgesamt haben wir inzwischen viermal ein Filmfestival in Köln erlebt, das jährlich mit einem

(Dorn [F.D.P.]

- (A) Zuschuß von 300 000 DM bis 400 000 DM aus Landesmitteln und anderen Mitteln finanziert wurde. Wir sind der Meinung, dieses Geld sollte sinnvoll für kulturelle Aktivitäten eingesetzt werden. Denn die bisherigen Festivals waren eindeutige Pleiteunternehmen der Staatskanzlei.

Das Medienecho möchte ich nur mit einigen wenigen Zitaten aus den vergangenen Jahren beschreiben. Der "Kölner Stadtanzeiger" schrieb am 14. Mai 1993 unter der Überschrift "Burgers Zorn über die Pleite des Filmfestivals" einen vernichtenden Artikel. "Er hoffe, daß sich in Zukunft keine Mehrheit für derartige Veranstaltungen finden lasse". - So der Kölner Oberbürgermeister.

Die "FAZ" teilte ihren Lesern mit:

Das Kölner Filmfestival kommt nicht über den Schuldenberg. Nach dem Defizit von 1 Mio. DM muß eine Trägergesellschaft auf Druck der Stadt Köln Konkursantrag stellen."

Die Zeitung des Deutschen Gewerkschaftsbundes überschrieb ihren Artikel "Viel Sekt und leere Sessel beim NRW-Festival". Auch ihre Kritik des Filmfestivals war vernichtend.

- (B) Noch einmal ein Bericht des "Kölner Stadtanzeigers" unter der Überschrift "Papier, Müll und Katzenjammer des NRW-Filmfestivals":

Dies war eine teure Angelegenheit!

Die Zeitung schreibt weiter:

Daß das Kölner Filmfestival in seinem Verlauf in immer schlechterem Leumund geriet, lag am Mißverhältnis zwischen hochtrabender Inszenierung und Effektivität, am maßlos überzogenen Rahmen der ganzen Veranstaltung.

Noch ein letztes Zitat der "Kölnischen Rundschau". Sie schrieb:

Statt der angekündigten Gaststars Antony Quinn, Peter O'Toole und Omar Sharif war nur ein müdes Kamel zur Aufführung des Films "Laurenz von Arabien" erschienen.

Immer wieder wurde mit dem Erscheinen von Clint Eastwood geprahlt, aber auch er kam nicht.

Wieviele Pleiten will die Staatskanzlei eigentlich noch finanzieren? Es war eine große Fehleinschätzung, Kulturpolitik könne durch große und teure Festivalveranstaltungen demonstriert werden. Die Staatskanzlei unseres Landes hat das jahrelang eindrucksvoll bewiesen. Vielleicht deshalb kam auch der Ministerpräsident in Wuppertal zu der Überzeugung, daß künftig Festivalveranstaltungen wohl besser durch andere kulturell wirksame Initiativen ersetzt werden könnten.

Deshalb bitten wir sie, den Haushaltsansatz von 350 000 DM zu streichen. Herr Dr. Gerritz, Sie und ich könnten dann viele kulturelle Initiativen in unserem Lande finanzieren, ohne daß wir hier solche Fehlinvestitionen durchführten.

Nun zu dem zweiten Antrag der F.D.P.-Fraktion, im Haushalt des Ministerpräsidenten die vorgesehene Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 7 Millionen DM für die Filmstiftung zu streichen:

Da der Zuschuß an die Filmstiftung für 1995 um 1,9 Millionen DM erhöht worden ist und der WDR einen gleichen Erhöhungsbetrag zur Verfügung stellt, ist eine zusätzliche Verpflichtungsermächtigung von 7 Millionen DM nicht zu verantworten. Denn der Haushaltsansatz für diese Stiftung beträgt ja 19 Millionen DM. Der Vertreter der Staatskanzlei hat in der Sitzung des Kulturausschusses am 14. September mitgeteilt, daß der WDR diesen erhöhten Betrag zur Verfügung stellen kann, weil es eine "kleine Gebührenerhöhung" zum 1. Januar 1995 geben wird.

Meine Damen und Herren, für einen Parlamentarier ist es aber schon eine kaum nachvollziehbare Tatsache, daß er Haushaltspositionen als Ausgabe vorfindet, die von anderen vorgeschrieben werden und seiner Haushaltskontrolle völlig entzogen sind. Dies ist in einer parlamentarischen Demokratie schon ein außergewöhnliches Verhalten.

Nun haben wir ja einen Vorgang aus dem Jahre 1991. Der Leiter der Staatskanzlei stellte Babelsberg aus Haushaltsmitteln des Landes und der Filmstiftung 5,9 Millionen DM zur Verfügung. So richtig nett nach Gutsherrenart wurde das dann auch veröffentlicht, weil - wie er am 1. Juni 1991 im WDR erklärte -: "Der Intendant des WDR und ich haben konkret vereinbart, daß die beiden Gesellschafter der Filmstiftung - also das Land Nordrhein-Westfalen und der WDR - in diesem Jahr für Spiel- und Fernsehfilme, die bei der DEFA

(Dorn [F.D.P.])

- (A) hergestellt werden, Fördermittel von 5 bis 6 Millionen DM zur Verfügung stellen werden." - Soweit das Zitat.

Also fassen der Chef der Staatskanzlei und der Intendant des WDR in ihrer unendlichen Güte einen solchen Beschluß, und wir möchten nun gerne wissen, was die Gremien des WDR dazu sagen. Das Parlament wurde darüber nicht informiert. Außerdem durften nach dem Haushaltsrecht diese Mittel für den angegebenen Zweck nicht ausgegeben werden. Die Satzung der Filmstiftung läßt das nicht zu.

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Das müssen Sie einmal Herrn Riemer fragen!)

Dazu hat uns die Staatskanzlei geschrieben:

Die Filmstiftung hat die Aufgabe, die Filmkultur und Filmwirtschaft in Nordrhein-Westfalen zu fördern.

In den vergangenen zwei Jahren habe ich immer wieder verlangt, die Staatskanzlei möge uns mitteilen, für welchen Zweck die 5,9 Millionen DM in Babelsberg verbraucht wurden. Bis heute hat der Kulturausschuß keine Antwort erhalten.

- (B) Schließlich bin ich selbst in Babelsberg gewesen. Meine Gespräche - auch mit Vertretern der Geschäftsführung - waren sehr interessant. Und Volker Schlöndorff sagte mir, der Zuschuß von Nordrhein-Westfalen sei eine echte Hilfe gewesen. Aus der Sicht von Babelsberg und der internationalen Geschäftsführung dieses Instituts ist das sicher richtig. Die Geschäftsführung in Babelsberg vertritt ja vor allen Dingen die Interessen der französischen und anderer internationaler Gesellschafter. So wird ein Fünf-Sterne-Hotel gebaut, damit die Stars aus Übersee auch kommen. Die Bauarbeiten für ein 50 Millionen DM teures Bürogebäude haben inzwischen begonnen. Der französische Konzern Compagnie Immobiliere Phoenix baut ein Film- und Fernsehzentrum von europäischem Rang. So wird das in Babelsberg verkündet.

Da nun wohl geplant ist, auf dem 43 Hektar großen Gelände in bester Stadtrandlage weitere Milliarden zu verbauen - auch NRW-Firmen sollen daran beteiligt sein -, müssen wir endlich Auskunft über die Verwendung von NRW-Haushaltsmitteln erhalten.

Ich habe im Kulturausschuß immer wieder verlangt, die Staatskanzlei solle uns mitteilen, wofür die Mittel in Babelsberg verwandt worden sind. In der Sitzung am 14. September 1994 teilte uns der Gruppenleiter in der Staatskanzlei zu unserer Überraschung mit - Zitat -: "Inzwischen hat NRW Babelsberg mit einem zweistelligen Millionenbetrag unterstützt." Daraufhin habe ich eine sofortige Aufschlüsselung der Mittel und ihrer Verwendung verlangt. Dies wurde von der Staatskanzlei zugesagt.

Sechs Wochen später wurde in der Sitzung des Kulturausschusses am 26. Oktober zwar keine Zahl genannt, und keine Auflistung erfolgte, aber die Zusage der Offenlegung wurde laut Protokoll von der Staatskanzlei wiederholt.

Wieder einen Monat später, am 30. November, als der Kulturausschuß über die Haushaltspositionen abstimmte, kam ein Vertreter der Staatskanzlei zu mir und sagte, es seien 5,9 Millionen DM nach Babelsberg geflossen. Mein Einwand war: "Am 14. September hat der Gruppenleiter von einer zweistelligen Millionensumme gesprochen." Darauf sagte der Beamte: "Das stimmt. Dann kann ich heute dazu nichts mehr sagen."

Ich habe dann verlangt, die geforderten Auskünfte auf jeden Fall vor der zweiten Lesung des Haushalts zu erhalten. Dies wurde mir wiederum von der Staatskanzlei zugesagt. Aber bis heute erfolgte keine Information.

Herr Ministerpräsident, eine solche Behandlung eines parlamentarischen Gremiums durch eine Regierung habe ich in meiner 33jährigen Tätigkeit als Abgeordneter im Landtag und im Deutschen Bundestag noch nie erlebt. In meiner Amtszeit als Staatssekretär habe ich solche Fragen von Abgeordneten immer spätestens nach Ablauf einer Woche schriftlich beantwortet.

Da wir Freien Demokraten nicht bereit sind, diese Behandlung des Parlaments hinzunehmen, und weil der Gruppenleiter in der Staatskanzlei außerdem im Kulturausschuß erklärt hat, bei den Geldzuweisungen habe es mehrere Pannen gegeben und die Hoffnungen, die mit der Geldhergabe verbunden gewesen seien, hätten sich nicht erfüllt, bittet nun meine Fraktion den Landesrechnungshof um eine Sonderprüfung des gesamten Vorgangs der Geldmittelvergabe nach Babelsberg.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

(C)

(D)

(A) **Vizepräsident Dr. Klose:** Ich erteile das Wort Frau Kollegin Höhn für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abgeordnete Höhn (GRÜNE): Meine Damen und Herren! Herr Dorn hat eben gesagt, die ganze Diskussion um rot-grün, schwarz-grün usw. sei kleinkariert.

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Nein, nein!)

Ich persönlich finde das überhaupt nicht. Ich finde es momentan eine spannende Frage, und ich denke auch, daß wir so flexibel sein sollten, direkt auf solche Redebeiträge spontan zu reagieren.

Wenn ich das vielleicht einmal zusammenfassen darf: Die Rede von der F.D.P. schien mir so, als ob die F.D.P. in der Vergangenheit wühlt, wogegen die Rede von Herrn Büssow in die Richtung ging: Die SPD ist aufgewühlt. Und ich habe Jürgen Büssow hier schon einmal am Podium gehört, wie er sagte: "Früher waren es die Frauen der Zahnärzte, die grün gewählt haben, heute sind es schon die Zahnärzte selber; jetzt wird es dramatisch, jetzt wird es schwierig."

(B) (Zuruf des Abgeordneten Büssow [SPD])

In der Tat ist das genau das Problem. Wir sind ja vor fünf Jahren hier angetreten mit dem Slogan: "NRW braucht Bewegung". Das haben wir erreicht, NRW ist in Bewegung gekommen.

(Zuruf des Abgeordneten Büssow [SPD])

Das schadet natürlich diesem Beton, Jürgen Büssow, weil der Beton anfängt zu bröckeln, wenn er in Bewegung gebracht wird. Das tut aber dem Beton, denke ich, durchaus gut, weil damit die verschiedenen Schichten des Beton ein bißchen sichtbar werden.

Was wir bei diesen unerwarteten Koalitionsgesprächen mit der CDU festgestellt haben, war ja folgendes: Es war die CDU, die extrem flexibel reagiert hat, die teilweise zu den GRÜNEN gesagt hat: Ja, das sind eure Positionen, seht mal her, das machen wir alles mit. - Die CDU hat außergewöhnlich viel zugestanden, wahrscheinlich um an die Macht zu kommen. Ich war erstaunt. Es war atemberaubend, welche Positionen die GRÜNEN da durchzusetzen in der Lage waren.

Die SPD ist uns tatsächlich so wie Beton begegnet. Sie hat nämlich gesagt: Mit euch reden wir doch erst gar nicht; ihr seid doch diejenigen, die sowieso alles zu schlucken haben, was die SPD will. - Von daher waren wir in der Tat in einer schwierigen Situation. Wenn man sich einmal ansieht, was schwarz-grüne Bündnisse erreicht haben, ist es ja interessant: Wir haben Frauenhäuser mit der CDU durchgesetzt,

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Das machen wir doch ganz allein!)

wir haben jetzt im Landschaftsverband dezentrale Unterbringung in der Psychiatrie, wir haben die Integration von Behinderten, wir haben einen Umbau in der Verkehrspolitik im Landschaftsverband erst einmal mit der CDU erreicht. Und dann hat die SPD gesagt: Na ja, in dieser Situation, ehe alles verlorengelht, unterschreiben wir das auch. - Aber ich garantiere, wenn wir uns direkt mit der SPD an einen Tisch gesetzt hätten, dann hätten wir diese Positionen nicht durchgesetzt.

(Zuruf des Abgeordneten Hegemann [CDU])

Das ist das Problem, in dem wir stecken:

(Zuruf des Abgeordneten Hegemann [CDU])

daß die SPD uns in der Tat abweist nach dem Motto: Was wollt ihr eigentlich von uns? Ihr nehmt uns ein Stück der Macht, und das gefällt uns überhaupt nicht. - Wir können ja grüne Positionen, und das ist unser Problem, auf kommunaler Ebene mit der CDU teilweise - teilweise! - besser durchbekommen als mit der SPD.

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Dann macht das mal!)

- Nein, nein. - Was wir jetzt erreicht haben, ist in der Tat, daß die SPD offensichtlich langsam merkt, was sich tut: daß die GRÜNEN nicht der Wurmfortsatz der SPD sind, daß sie auch etwas zu bieten haben. Wir haben jetzt im halben Land, nämlich im Landschaftsverband, rot-grün, und das ist der zweite Schritt, um auch auf Landesebene etwas in Richtung rot-grün zu verändern. Das ist in der Tat durchaus in unserem Sinne.

Jürgen Büssow, genau die Beispiele, die du hier eben vorgetragen hast, sind der Grund, weshalb auf Landesebene ein schwarz-grünes Bündnis nicht zustande kommen wird. Das sind nämlich

(C)

(D)

(Höhn [GRÜNE])

(A) zum Beispiel die Aussagen von Herrn Linssen im Parlament,

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Den wechseln die dann aus!)

das ist die unterschiedliche Flüchtlingspolitik, das ist die unterschiedliche Sozialpolitik, die wir in diesem Parlament erleben. Genau deshalb wird es in der Tat auf Landesebene kein schwarz-grünes Bündnis geben.

(Zuruf der Abgeordneten Hieronymi [CDU])

Also, eine gute Analyse - aber die GRÜNEN sind eben ein Stück selbstbewußter geworden.

Ich sehe mir auf der anderen Seite einmal an, was wir mit der SPD erreicht haben: in Ostwestfalen ein Moratorium gegen Müllverbrennung, gegen eine Erweiterung des Flughafens.

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Aber nicht in Düsseldorf!)

(B) Das sind erste Anzeichen, was man auf Landesebene auch erreichen kann. Insofern ist eine Menge drin, mit vielen Leuten der SPD. Wenn ich zum Beispiel bei Flüchtlingsheimen stehe und gegen Rechtsradikale dort kämpfe, wer steht da neben mir? Das sind auch Sozialdemokraten. In solchen Punkten kämpfe ich gemeinsam mit der Basis der Sozialdemokraten gegen viele aus der Spitze der Sozialdemokraten. Da muß die Sozialdemokratie in der Tat entscheiden, wie sie damit umgeht,

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Basis gegen Überbau!)

daß sie so zentral organisiert ist. Bei dem Punkt sieht man in der Tat, daß dezentrale Strukturen, wie die GRÜNEN sie haben, sehr flexibel, sehr realitätsnah sind und sehr schnell auf veränderte Situationen reagieren können. Von daher stehen für inhaltliche Veränderungen momentan alle Türen offen. Wir werden sie im Sinne grüner Politik und, ich denke, auch im Sinne der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen nutzen.

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Ihr paßt auch alle in einen Raum!)

Jetzt komme ich zum Haushalt selber, zu den einzelnen Punkten, zu denen wir auch Anträge gestellt haben, zum Beispiel zur Filmstiftung: Da

ist eben kritisiert worden, daß die GRÜNEN eine Kürzung bei der Filmstiftung vorsehen. (C)

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Kaputtmachen!)

Wir haben immer gesagt, daß wir eine Förderung von Film wollen, die auch dazu führt, daß mehr Qualität ins Fernsehen kommt und damit auch zum Beispiel europäische Filme eine Chance haben, im Fernsehen gesendet zu werden. Aber das Finanzierungsmodell der Filmstiftung hat in der Tat

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Das beste in Deutschland, das beste in Europa!)

seine erheblichen Schwächen. Das Finanzierungsmodell der Filmstiftung sieht nämlich nichts anderes vor, als daß, wenn Gebühren beim WDR übrig sind, auch der Landeshaushalt von Nordrhein-Westfalen mehr Geld in die Filmstiftung pumpen muß.

Ein Beispiel: Momentan fallen die Aufbauleistungen für die fünf neuen Länder weg. Damit kommen 1,9 Millionen DM mehr Gebühren als freie Verfügungsmasse in die Filmstiftung und damit 1,9 Millionen DM auch auf Landesebene in diese Filmstiftung hinein. Da geht es nicht um den Bedarf der Filmstiftung, sondern darum, daß ein ganz anderer Mechanismus greift und hiermit Gelder auch des Landeshaushalts blockiert werden. Gegen diese Art von Finanzierung, die in keiner Weise an dem Bedarf der Filmstiftung orientiert ist, wehren wir uns. (D)

Ich glaube auch, eine Filmstiftung, die auf Bundesebene als gemeinsame Filmstiftung der verschiedenen Länder angesiedelt wäre, wäre sinnvoller. Diese hätte nicht die Einschränkung wie beispielsweise die NRW-Filmstiftung. Dort heißt es: Die Mittel, die bewilligt werden, müssen zum großen Teil auch in NRW ausgegeben werden. Hier wird die Filmstiftung als ein Instrument der Wirtschaftspolitik und nicht als ein Instrument der Kulturpolitik genutzt, die ja nun Medienpolitik auch ist - und aus unserer Sicht vornehmlich. Das kritisieren wir an dieser Filmstiftung. Darüber, denke ich, kann man auch in Ruhe reden.

Ich habe das Problem, daß in Nordrhein-Westfalen bei allem, was die Medienpolitik angeht, der Bereich Wirtschaftspolitik der zentrale ist

(Höhn [GRÜNE])

(A) (Abgeordneter Büssow [SPD]: Da sind auch die Arbeitsplätze!)

und der Bereich der Kulturpolitik immer an zweiter Stelle steht. - Über Arbeitsplätze können wir reden. In diesem Bereich werden viele Arbeitsplätze geschaffen. Rund um den öffentlich-rechtlichen Sender ist in den vergangenen 40 Jahren eine Programmwirtschaft entstanden, auf der man aufbauen kann. Uns wäre es wichtig, daß man gerade diesen Kulturaspekt mit soziokulturellen Zentren verknüpft, daß man medienbezogene Zulieferer in diesen Bereich einbezieht und damit auch neue Qualitäten, eine neue Kulturszene und eine neue Soziokultur erreicht. Das wäre eine Medienpolitik, eine die wir erheblich besser unterstützen können.

Entwicklungspolitik: Wir haben eine Anhörung zur Entwicklungspolitik gehabt. Nahezu alle Gruppen, die dort waren, haben gesagt, zur Entwicklungspolitik gehöre auch, daß Nordrhein-Westfalen sich entwickle, daß hier Entwicklungspolitik stattfindet, daß wir unseren Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung in den Bereichen Wirtschaft, Verkehr, Stadtplanung und Energieeinsparung liefern müßten.

(B) Deshalb fordern wir, daß genau in diesem Bereich, den ich einmal als kommunale Entwicklungspolitik bezeichne, Öffentlichkeitsarbeit, Dritte-Welt-Zentren,

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Haben wir doch!)

Gelder eingesetzt werden. Was ändert sich, was muß hier verändert werden, auch bei konkreten Projekten? Darum haben wir einen entsprechenden Antrag gestellt. Es geht hierbei genau um die Summe, die momentan zusätzlich für die Filmstiftung ausgewiesen sind. Insofern muß man sich entscheiden, wohin man das Geld eigentlich leiten will. Da glauben wir, daß unser Beitrag in Nordrhein-Westfalen zu einer nachhaltigen Entwicklung wichtiger wäre.

Ich möchte noch etwas zur politischen Bildung sagen. Da wird enorm gekürzt. Letzten Endes werden die Mittel gekürzt, die in die Filmstiftung gehen. So muß man das sehen. Dazu muß ich sagen: Gerade die Diskussion eben war doch ein Beitrag zur politischen Bildung. Damit ist noch einmal deutlich geworden, wie wichtig politische Bildung ist. Von daher wollen wir in diesem Be-

reich nicht sparen. Wir wollen die Mittel hier weiter verwendet sehen und haben deshalb beantragt, daß diese Mittelkürzungen rückgängig gemacht werden. (C)

Zum Schluß eine Frage an Sie, Herr Clement: In den letzten Monaten waren Berichte darüber in den Zeitungen, daß das Grimme-Institut in Marl Probleme mit der Finanzierung hat. Ich weiß, daß das nicht direkt den Einzelplan 02 betrifft. Trotzdem würde ich Sie bitten, darauf einzugehen und uns mitzuteilen, wie diese Finanzprobleme des Grimme-Instituts gelöst werden können. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Ministerpräsidenten Dr. Rau das Wort.

Ministerpräsident Dr. Rau: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zu einigen der Punkte, die heute angesprochen worden sind, aus meiner Sicht ein paar Bemerkungen machen. Ich beginne, Herr Kollege Dorn, mit dem, was Sie zum Thema der Unterrichtung des Kulturausschusses in der fraglichen Angelegenheit der Förderung von Babelsberg angesprochen haben. (D)

Sie hatten mich ja eine Stunde vor Ihrem Debattenbeitrag kurz darauf angesprochen. Ich habe mich daraufhin sachkundig zu machen versucht und bin zu folgendem Ergebnis gekommen: Der zuständige Gruppenleiter hat im September in einer Sitzung gesagt, wir hätten eine zweistellige Millionenzahl gefördert. Er hatte die Unterlagen nicht bei sich. Er hat sich geirrt. Der Betrag ist nicht zweistellig. Es handelt sich um 5,9 Millionen DM.

Diesen Sachverhalt hat ein anderer Mitarbeiter - wenn ich nicht irre: der Gruppenleiter I.C - Ihnen dann mitgeteilt, und er hat zugesagt, daß wir die Einzelheiten dem Kulturausschuß mitteilen würden. Das ist mit Schreiben vom 6. Dezember geschehen. Darin sind die 5,9 Millionen DM im einzelnen aufgeschlüsselt. Aus der Aufschlüsselung ergibt sich - -

(Abgeordneter Dorn [F.D.P.]: Die Unterlage haben wir aber nicht!)

(Ministerpräsident Dr. Rau)

(A) - Also: am 6. Dezember an die Landtagspräsidentin gegangen. Wie so etwas eben geht! Das erlebt man ja auch einmal im eigenen Bereich, daß etwas länger dauert.

6. Dezember: 5,9 Millionen DM für sieben Filmprojekte; bei diesen sieben Filmprojekten ein Effekt durch Auftragsvergabe für und an Nordrhein-Westfalen von 62 %.

So stellt sich mir im Augenblick diese Situation dar. Aber die Filmstiftung selber und diesen Vorgang einmal vom Landesrechnungshof untersuchen zu lassen, dagegen habe ich keinerlei Vorbehalte; denn wir haben ein gutes Gewissen.

Ich würde ganz gern zu dem, was auch andere - sowohl Frau Hieronymi als auch Frau Höhn - zur Filmstiftung gesagt haben, doch noch ein paar Bemerkungen machen. - Der Ursprung dieser Filmstiftung ist ja der Staatsvertrag der Ministerpräsidenten über den sogenannten Kabelgroschen. Damals hatten wir die Möglichkeit, durch Landesgesetz zu entscheiden, wem diese Mittel zukommen. Im Staatsvertrag steht, daß sie der örtlichen Landesrundfunkanstalt zukommen.

(B) Wir haben dann mit dem WDR verhandelt und haben uns entschlossen, eine Filmstiftung zu gründen, in die jeweils das Land den Betrag hineingibt, den der WDR aus diesem sogenannten Kabelgroschen erläßt. Das sind im kommenden Jahr 1,9 Millionen DM mehr, macht 3,8 Millionen mehr. Wir halten das für sinnvoll. Das haben wir mit Zustimmung des Landtags so gemacht; denn wir glauben, es ist richtiger, diesen sogenannten Kabelgroschen für den Aufbau einer Film- und Fernsehindustrie in Nordrhein-Westfalen als für irgendeinen anderen Zweck auszugeben.

(Beifall bei der SPD)

Damit haben wir einen außerordentlichen Erfolg gehabt. Ob Sie nach München gehen oder nach Berlin oder nach Hamburg - es ist inzwischen keine Frage mehr: Nordrhein-Westfalen ist auf dem Wege zum Medienplatz Nummer 1 in Deutschland. Das ist vor zehn Jahren noch ganz anders gewesen. Dies ist mit außerordentlichem Aufwand und mit außerordentlicher Kreativität verbunden, und der Geschäftsführer der Filmstiftung, Herr Kosslick, hat darum wirklich große Verdienste.

(C) Ich bin stolz darauf, daß wir das gemeinsam mit dem WDR tun, denn, Frau Kollegin Höhn, Sie irren, wenn Sie sagen: Da wird die um die öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt entstandene Kultur nicht genutzt. Das alles geschieht ja mit dem WDR, und das alles geschieht zur Förderung derer, die bisher Lieferanten des WDR gewesen sind. Das bringt uns neue Arbeitsplätze.

Im übrigen: daß dabei soziokulturelle Gesichtspunkte übersehen würden, ist völlig falsch. Suchen Sie einmal ein anderes Land, in dem Programmkinos von der Filmstiftung gefördert werden! Suchen Sie einmal ein anderes Land, in dem aus diesen Mitteln Drehbücher gefördert werden, in dem Preise ausgesetzt werden, und zwar unter kulturellen Gesichtspunkten.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Dorn [F.D.P.]: Überall, in allen Bundesländern!)

Ich bin stolz darauf, daß wir das tun.

Ich halte, Herr Kollege Dorn, die zusätzliche Verpflichtungsermächtigung von 7 Millionen DM für nötig, weil anders vertraglich abzusichernde Projekte, die über mehrere Jahre laufen, nicht finanziert werden können. Darum bitte ich, den Antrag, diese Verpflichtungsermächtigung zu streichen, nicht anzunehmen.

(D)

Wir haben mit dieser Filmstiftung einen großen Erfolg, einen sichtbareren, als man ihn mit anderen Stiftungen naturgemäß haben kann, und ich bin froh über diesen Erfolg. Ich glaube, daß wir am Ende des Jahrzehnts und des Jahrhunderts sagen können: Wir sind das Film- und das Fernsehland Nummer 1, und wir gehen über auch in den Bereich der Technologie, der Kommunikation, weit über Film und Fernsehen hinaus.

Nun hat Herr Kollege Dorn auch die 350 000 Mark für das Filmfestival in Köln kritisiert und hat die Streichung beantragt. Nach einigem, was ich darüber gelesen habe, kann ich das sogar verstehen; denn was die öffentliche Resonanz und was die wirtschaftliche Basis dieses Filmfestivals angeht, hat es da in der Tat in den letzten Jahren Probleme gegeben.

Jetzt liegt ein neues Konzept vor, das vor allen Dingen digitale Möglichkeiten nutzen will, nach dem nicht mehr die großen Stars hergeholt werden, sondern das besondere Nischen nutzen möchte.

(Ministerpräsident Dr. Rau)

- (A) Wir werden uns dieses Konzept, bevor wir das Geld bewilligen, sehr genau ansehen. Wir bitten also nicht um den Beschluß, das Geld auszugeben, sondern um die Ermächtigung, dann, wenn ein vernünftiges Konzept vorgelegt wird, dieses Filmfestival in Köln zu fördern. Denn daß wir mit dem Medienforum in Köln dieser Stadt einen ganz anderen Rang gegeben haben, das haben uns nicht nur die Kölner zu danken, sondern das ist gut für Nordrhein-Westfalen. - Soviel möchte ich zu diesem Bereich sagen.

Ich will mich nicht zur neuen Flüchtlingspolitik im einzelnen äußern, sondern nur sagen, daß wir schon im Haushalt 1994 dafür gesorgt haben, daß die Titelgruppen 75 und 72 verschmolzen werden können, damit sie auf verschiedenen Ebenen eingesetzt werden können.

Ich bedauere, daß Skopje ein so singuläres Projekt ist. Wir brauchten viel mehr solcher Projekte, nicht nur von Nordrhein-Westfalen getragen; denn es muß sich endlich herumsprechen: Wir müssen Fluchtursachen bekämpfen und nicht Flüchtlinge! Anders geht es nicht.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Nun haben Sie, Frau Kollegin Hieronymi, einen alten Hirsch zum frischen Wasser geführt, indem Sie sich der Frage zugewandt haben, ob die Staatskanzlei zu groß sei

(Lachen bei der SPD)

und wie sie denn gewachsen sei. Diese Rede, Frau Kollegin Hieronymi, höre ich in unterschiedlichen Tonlagen jetzt seit 1966 jedes Jahr wieder, und jedes Jahr wieder verschließen Sie die Ohren, wenn man Ihnen die Zahlen nennt. Jedes Jahr sagen Sie sinngemäß: Wenn meine Meinung nicht mit den Tatsachen übereinstimmt, wie schade für die Tatsachen. So kann man keine Politik machen.

(Beifall bei der SPD)

Sehen Sie sich bitte einmal die Kosten für politische Führung je Einwohner an. Sie betragen in Nordrhein-Westfalen 41 DM.

(Unruhe und Zurufe)

- Langsam. In Bayern betragen sie 54 DM.

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: In China ist das noch weniger! - Heiterkeit - Beifall bei F.D.P., CDU und GRÜNEN)

- Herr Tschoeltsch, deshalb wollte ich uns auch gar nicht mit China vergleichen.

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Na ja! - Abgeordneter von Unger [CDU]: Ein kulturell hochstehendes Volk!)

- Ja, das kann man wohl sagen. Ich erinnere an Kiesingers Aussprüche über China.

Ich nenne die Personalstärke einiger Staatskanzleien ohne Fahrdienst und Wissenschaftszentrum: Nordrhein-Westfalen 300 Personen, Baden-Württemberg 224, Bayern 344, Brandenburg 218, Hessen 159,

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Hessen!)

Sachsen 222, Sachsen-Anhalt 148.

Wenn Sie sich den Personalbestand ansehen, den wir Ende 1995 gegenüber 1992 um 6 Prozent gesenkt haben werden, dann werden Sie feststellen, daß wir für den Bereich Ministerpräsident und Staatskanzlei im Jahre 1995 285 Stellen haben.

Jetzt hören Sie wieder nicht zu, Frau Hieronymi.

(Zuruf der Abgeordneten Hieronymi [CDU] - Abgeordneter Büssow [SPD]: Das interessiert sie auch gar nicht!)

Frau Hieronymi, das verbinden Sie dann mit dem Ständehaus. Auch dazu lassen Sie dann einzelne Zahlenreihen weg. Sie müßten sich einmal mit der Frage der Unterbringung der Landesregierung insgesamt beschäftigen. Dann würden Sie manches anders sehen, als Sie es vorgetragen haben.

(Beifall bei der SPD)

Dann müssen Sie alle Zahlen vorlegen.

(Abgeordnete Hieronymi [CDU]: Ja natürlich!)

- Das haben Sie nicht, Sie haben nur zwei genannt.

(Ministerpräsident Dr. Rau)

(A) (Abgeordnete Hieronymi [CDU]: Die Zahlen von Herrn Posser!)

- Ja, in der Tat, an die Zahlen von Herrn Posser können Sie sich noch erinnern.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Frau Hieronymi, die Strategie der CDU in diesem Land erinnert mich an den Schwimmtrainer, der nach dem Schwimmen gesagt hat:

(Abgeordneter Hegemann [CDU]: Jetzt kommt noch ein Döneken!)

Wir haben zwar keinen Preis gewonnen, aber die Hauptsache ist, von der Mannschaft ist keiner ertrunken.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Das ist offenbar die Strategie, mit der Sie hier umgehen.

(Vorsitz: Vizepräsident Schmidt)

Die Staatskanzlei in Nordrhein-Westfalen ist sparsam, sie ist effektiv, sie leistet hervorragende Arbeit. Sie ist im Vergleich zu anderen kleiner und effizienter und leistet Arbeiten, von denen ich mir wünschte, sie würden in anderen Staatskanzleien geleistet, wie zum Beispiel die Hilfe in Süd-ost-europa und neue Flüchtlingspolitik.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Sie müßten einmal sehen, was die Leute da tun.

Herr Hegemann mag zu Skopje eine andere Meinung haben als Wolfgang Clement oder ich, aber daß er die Leistungen der Mitarbeiter, die das tun - sie tun das im Unterschied zu allen anderen Staatskanzleien - , herabwürdigen würde, glaube ich nicht.

(Abgeordneter Hegemann [CDU]: Habe ich nicht getan!)

Hören Sie also einmal damit auf, jedes Jahr über die Größe der Staatskanzlei zu reden. Reden Sie lieber einmal über die Bereiche, in denen die Stei-

gerungen gigantisch sind. Wenn Sie keine wissen, dann nenne ich Ihnen dafür die Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung. (C)

(Beifall bei der SPD)

Sehen Sie sich die einmal an.

Was mir nicht paßt, ist die Doppelbödigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Im Koalitionsvertrag in Bonn - ich kritisiere nicht diese Koalition, warum soll die nicht noch die Monate haben? -

(Heiterkeit bei der SPD)

steht zum Beispiel: Eine Kommission aus Bundesregierung und Koalitionsfraktionen wird einen Entwurf vorlegen. Stellen Sie sich einmal vor, der Satz stünde hier irgendwo. Sie hätten längst das Verfassungsgericht angerufen. Sie hätten längst gesagt, die Landesregierung ist verfilzt mit ihrer eigenen Mehrheit.

(Abgeordneter Hegemann [CDU]: Das ist sie ja. Das weiß eh jeder!)

- Und was ist in Bonn, wo die Bundesregierung mit den Koalitionsfraktionen zusammenarbeitet, wo es gemeinsame Arbeitsgruppen gibt, in denen Papiere entwickelt werden? Wissen Sie noch, wie das war, als ein Papier kam, das ein Mitarbeiter für ein Mitglied der Landesregierung gemacht hatte, das an die Fraktion weiterging? In Bonn ist das gang und gäbe. Da steht es im Koalitionsvertrag, und zwar nicht einmal, sondern häufiger. (D)

In Bonn erhöhen sie die Zahl der Minister und Staatssekretäre

(Abgeordneter Hegemann [CDU]: Wann denn?)

so, daß die bald die Größe unserer Staatskanzlei haben. Hier reklamieren Sie wegen unserer Staatskanzlei, obwohl sie kleiner als in anderen Bundesländern ist.

(Beifall bei der SPD)

(Ministerpräsident Dr. Rau)

- (A) Wir sparen Personal ein, wir belasten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf eine oft unzumutbare Weise, weil wir mit unseren Kräften das Land voranbringen wollen. Das wollen Sie auch.

(Abgeordneter Diegel [CDU]: Das versuchen Sie seit 30 Jahren!)

- Richtig, seit 30 Jahren und - Sie werden lachen - noch länger.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Sie müssen sich einmal umsehen. Ich neige nicht dazu, dem Wähler vorzugreifen. Aber dreimal hat der Wähler mir und meinen politischen Freunden hier eine Mehrheit gegeben.

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Aber dreimal ist genug!)

- Sie mögen sagen, dreimal ist gut.

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Nein, genug!)

- Ich sehe ja ein, Herr Tschoeltsch, daß Sie ein viertes Mal leichter verkraften könnten, wenn Sie dabei wären.

(B)

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Aber was will ich denn machen? Sie können der SPD vieles vorwerfen, aber nicht, daß Sie die F.D.P. kaputt macht. Das macht die F.D.P. selber.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es gibt ja neue Hoffnungszeichen. Frau Kollegin, mein schriftlicher Glückwunsch kommt noch, der mündliche ist erfolgt. Herrn Schultz-Tornau habe ich schriftlich gratuliert. Den GRÜNEN habe ich im Moment nichts zu gratulieren. Aber dazu kann sich auch einmal eine Gelegenheit ergeben - wenigstens bei Geburtstagen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich muß Ihnen ehrlich sagen, wenn Sie das so lange machen, wie ich das tue - -

(Abgeordneter Völker [CDU]: Wird es langweilig!)

- Vielleicht für Sie. Vielleicht bin ich, Herr Völker, für Sie nicht mehr so interessant. Ich muß Ihnen gestehen, wenn ich nach großen und niveauvollen Debatten wie in diesen Tagen hinausgehen kann und weiß, die Menschen wollen mit mir reden, die Menschen hören mir zu, ich höre ihnen zu - die reden sogar über Sachfragen, stellen Sie sich das einmal vor - , dann denke ich immer wieder, wie schön wäre es, wenn wir im Landtag über Sachfragen redeten!

(C)

(Beifall bei der SPD - Allgemeine Heiterkeit - Zurufe)

- Deshalb habe ich hier über die Größe von Staatskanzleien gesprochen, damit Sie aufhören, nach der Melodie zu leben: Ich traue nur der Statistik, die ich selber gefälscht habe. Das ist die Methode, mit der hier Zahlen vorgelesen werden.

(Abgeordneter Diegel [CDU]: Damit sind wir bei der Staatskanzlei!)

- Bei der Kollegin, die ich hier nicht namentlich nennen möchte. - Ich beteilige mich nicht an Koalitionsspekulationen; ich will nämlich keine Koalition, sondern ich will gerne, daß die Bürger ihr Vertrauen im nächsten Jahr erneuern. Und nach allem, was ich weiß, besteht Aussicht, daß sie das tun.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Wenn sie das tun, dann werde ich die Arbeit so weiterführen wie bisher und vielleicht sogar noch einmal verbessern, Herr Hegemann. Das habe ich ja bisher von Wahlperiode zu Wahlperiode getan. Warum nicht noch einmal?

(Beifall bei der SPD)

Aber ich bestreite nicht, daß der Wähler anders entscheiden kann. Nur: Die bisherigen Versuche der Opposition, den Wähler dazu zu verleiten, die sind offenbar entweder fehlgeschlagen oder ungeeignet. Denn bisher gibt es kein Vertrauenspotential in die Oppositionsfraktionen.

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Da warten wir mal ab!)

- Herr Tschoeltsch, sicher warten wir das ab. Ich sagte es nur, nachdem hier einige über Koalition

(Ministerpräsident Dr. Rau)

(A) nen geredet haben. Denken Sie nur an den Dialog Büssow - Höhn.

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.): Für die scheint das ein Problem zu sein!)

- Für die ist das ein Problem, weil die wieder vermuten, daß Sie lieber dazwischen wollen, wenn Sie dabei sind; das ist doch klar!

(Beifall bei der SPD - Allgemeine Heiterkeit)

Das gehört mit zum Geschäft. Ich will keine Partner, sondern ich will noch mehr Rückenwind für die SPD. Das will ich.

(Beifall bei der SPD - Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Daran glauben immer weniger!)

Daß die GRÜNEN gerne eine Koalition möchten, das finde ich verständlich. Und daß sie sie auf Landesebene anders möchten als in Mülheim, das finde ich auch verständlich.

(Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Das ist doch nett von uns?!)

- Das ist nicht nur nett von Ihnen, das ist auch geschmackvoll.

(B)

(Allgemeine Heiterkeit)

Nur, Frau Höhn, es wird damit nicht aussichtsreicher, sondern Nordrhein-Westfalen - das Land, das sich in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten so entwickelt hat, daß ich es ganz anders sehe, als es Herr Meyer heute morgen gesehen hat, ganz anders, nämlich als ein Land im Wandel und als ein Land, das den Strukturwandel früher angenommen und weiter nach vorne gebracht hat als alle anderen Länder, das ihn aber noch nicht zu Ende geführt hat - , dieses Land Nordrhein-Westfalen ist es mir wert, auf der Basis dieser Zahlen mit dieser Staatskanzlei, mit den Kolleginnen und Kollegen, die mir in Regierung und Fraktion helfen, weiter zu führen und weiter zu regieren.

Wenn Sie Kritikpunkte haben, dann nehme ich sie auf, wie ich das bei Herrn Kollegen Dorn getan habe, und sage: Dem gehe ich nach. Ich schließe auch gar nicht aus, daß wir da Fehler gemacht

haben. Eine Mißachtung des Parlaments lag uns fern und liegt mir, wie Sie von mir wissen, fern. Aber ich wünschte mir vom Parlament mehr Wettstreit der Ideen und weniger Fußnotenpolitik, wie ich sie heute nachmittag erlebt habe.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schmidt: Herr Ministerpräsident, war das das Schlußwort, oder würden Sie noch eine Zwischenfrage beantworten?

(Ministerpräsident Dr. Rau: Ja, sicher.)

- Dr. Vesper, dann sind Sie an der Reihe.

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE): Herr Ministerpräsident, Sie haben gerade davon gesprochen, daß die GRÜNEN diejenigen seien, die gern eine Koalition wollten. In der vorigen Woche ist ja bei uns angeklopft worden; da wollte die SPD ganz gerne eine Koalition haben. Meine Frage an Sie: Haben Sie Ihren Parteifreunden im Landschaftsverband Rheinland schon zu dieser hervorragenden Koalitionsvereinbarung gratuliert?

(Zuruf von der SPD: Furchtbar!)

(D)

Ministerpräsident Dr. Rau: Nein, das habe ich noch nicht getan. Stellen Sie sich einmal vor, ich hätte das zwei Tage vorher getan. Dann wäre das Telegramm bei Herrn Gierden angekommen.

(Allgemeine Heiterkeit)

Ich habe das Maß an Flexibilität bewundert, das am Wochenende vor Ihrem Parteitag dann in dieser Absprache seine Erfüllung fand. Ich selber habe daran nicht mitgewirkt; ich kritisiere das auch nicht.

(Abgeordneter Hegemann [CDU]: Angeblich aber doch!)

- Nein, nein, ich habe wirklich nicht mitgewirkt.
- Ich rate Ihnen ohnehin, die kommunale Ebene nicht als ein Abbild von Bund und Land zu sehen. Die kommunale Ebene, das ist kommunale Selbstverwaltung. Und die Einführung der Begriffe "Re-

(Ministerpräsident Dr. Rau)

- (A) gierung" und "Opposition" auf der kommunalen Ebene ist immer falsch gewesen und bleibt auch immer falsch.

(Zustimmung bei der SPD - Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Das müssen Sie Herrn Matthiesen sagen, der das immer anders sieht!)

- Ich sage es doch hier, Herr Kollege Dr. Vesper. Und Sie glauben doch, daß Kollege Matthiesen alles mithört, was ich sage?!

(Abgeordneter Nagel [CDU]: Das war aber zweideutig!)

Und Sie wissen doch, Herr Kollege Vesper: Selbst solche Sätze würde mir Klaus Matthiesen nicht mehr übelnehmen, wenn er vorher gehört hätte, wie klar meine Absage an Rot-Grün auf Landesebene ist. Das ist ja das Problem. Wir wollen den Wähler sprechen lassen. Da gilt der alte Satz: Wer Rau will, muß Rau wählen. Und wer Rau nicht will - das sind Teile der CDU -, der tut es dann auch nicht.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und allgemeine Heiterkeit)

- (B) Vizepräsident Schmidt: Danke, Herr Ministerpräsident. - Ich darf unsere Zuhörerinnen und Zuhörer bitten, von Beifalls- oder Mißfallenskundgebungen abzusehen. Das ist in diesem Hause nicht gestattet.

(Zurufe von der SPD: Das kam aus dem Herzen! - Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Beifall darf man doch wohl klatschen!)

- Damit fangen wir erst gar nicht an, Herr Vesper, egal, wer hier zu beklatschen ist oder auch nicht.
- Das nächste Wort hat der Kollege Dorn von der F.D.P.

Abgeordneter Dorn (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, es gibt keinen Zweifel darüber, daß die Filmstiftung hervorragende Arbeit leistet. Ich habe selbst mit den Vertretern der anderen drei Fraktionen mehrere Gespräche mit dem Geschäftsführer der Filmstiftung geführt. Wir sind auch durch ihn ständig über das informiert, was

er macht, und er hat bei diesen Gesprächen und auch im Kulturausschuß unsere Zustimmung dazu gefunden.

Das ist also nicht das Problem, um das es geht. Vielmehr geht es um die Frage, wie viele Mittel aus Nordrhein-Westfalen woandershin geflossen sind, inwieweit das mit den Regelungen in der Satzung der Filmstiftung noch zu vereinbaren ist, und wie hoch denn die Beträge gewesen sind.

(Ministerpräsident Dr. Rau: Das lasse ich prüfen!)

Das habe ich seit zwei Jahren zu klären versucht und bin immer wieder von dem Vertreter der Staatskanzlei mit den 5,9 Millionen DM vertröstet worden. Als er selbst im September dieses Jahres plötzlich sagte, es ginge um eine zweistellige Millionenanzahl, von der wir bis dahin überhaupt nichts gewußt haben, waren wir völlig überrascht. Das hat mich veranlaßt, ihn nun intensiver aufzufordern, uns endlich mitzuteilen, um was es geht. Als das dann immer noch nicht erfolgte - das muß ich Ihnen gestehen -, ist uns allmählich der Kragen geplatzt; deswegen haben wir auch so reagiert.

Es wäre schon gut, wenn wir wenigstens über die 5,9 Millionen DM die Unterlagen hätten. Uns liegen sie bis heute noch nicht vor. Wenn sie aus Ihrem Hause herausgegangen sind, werden sie sich vielleicht irgendwann vor der dritten Lesung, wenn wir Glück haben, noch einfinden.

(Abgeordneter Dr. Gerritz [SPD]: Wir haben die! Sie liegen mir vor!)

- Ihnen liegen sie vor, vielleicht über den kleinen Dienstweg von der Staatskanzlei!

(Abgeordneter Dr. Gerritz [SPD]: Haben wir alle, Herr Kollege! - Zuruf der Abgeordneten Garbe [SPD])

- Also, bis heute nachmittag lagen sie mir nicht vor. Das ist das eine.

Das zweite ist: Daß es die Drehbuchprämie nur bei uns geben soll, ist natürlich eine Fehlinformation, der Sie zum Opfer gefallen sind. Sie gibt es woanders auch. Ich selbst habe sie als Verwaltungsratsvorsitzender in der Filmförderungsanstalt bereits in den 60er Jahren eingeführt.

(C)

(D)

(Dorn (F.D.P.))

(A) (Ministerpräsident Dr. Rau: Ich habe das anders gemeint!)

- Ach so!

(Ministerpräsident Dr. Rau: Wir sind die einzige Filmstiftung, die eine solche Breite hat, einschließlich Kinoförderung!)

- Nein, auch das stimmt nicht. Aber wir wollen uns nicht darüber streiten, inwieweit die Filmförderung ihre Arbeit ausfüllt oder nicht. Ich habe Ihnen ja gesagt, daß wir mit der Arbeit der Filmstiftung zufrieden sind. Ich bitte nur zu verstehen, Herr Ministerpräsident: Wenn man so über Jahre miterlebt und immer wieder fragt, aber keinerlei Antwort bekommt und einem immer wieder gesagt wird, demnächst bekomme man die Unterlagen, dann ist der Zeitpunkt gekommen - deshalb habe ich es Ihnen vor unserer Diskussion gesagt, weil ich es für fair halte, so miteinander umzugehen -, darauf einzugehen. Wir kennen uns in diesem Hause seit 1958. Ich habe Sie immer als einen fairen Partner kennengelernt und wäre Ihnen dankbar, wenn das, was hier geschehen ist, nun endgültig einmal geklärt werden könnte.

(Beifall bei der F.D.P.)

(B)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Herr Dorn. - Für die Landesregierung hat sich Herr Minister Clement zu Wort gemeldet. Bitte sehr.

Minister für besondere Aufgaben Clement: Schönen Dank, Herr Präsident! Herr Kollege Dorn, ich würde gern die Mißverständnisse, Mängel oder Pannen, die dort aufgetreten sind, ausräumen und mich zunächst einmal dafür entschuldigen, daß Ihnen eine falsche Auskunft gegeben worden ist, die auch zu spät korrigiert wurde.

Mir war es, offen gesagt, nicht bekannt. Mir war übrigens auch nicht bekannt, daß Sie seit Jahr und Tag Aufklärung darüber fordern, was in Babelsberg geschehen ist. Es ist nämlich alles sehr harmlos und sehr einfach zu erläutern. Ich habe es leider erst relativ spät bekommen und dann am 6. Dezember der Vorsitzenden des Kulturausschusses geantwortet. Der Brief ist offensichtlich gerade eingegangen - ich kann das jetzt nicht be-

urteilen -; Sie werden ihn noch nicht haben. Darin heißt es, daß wir seit den Jahren 1991 und 1992 - darauf liegt der Akzent - gar nichts Besonderes mehr getan haben. Nach nach der Umbruchsituation waren Babelsberg und die DEFA in einer außerordentlich schwierigen finanziellen Situation, faktisch ohne Arbeit. Ich erinnere mich, daß ich damals mit Kolleginnen und Kollegen des Landtags in Babelsberg war und wir gemeinsam der Auffassung waren, hier müßten wir etwas tun.

Wir waren damals zusammen mit den Aufsichtsgremien des WDR dort und haben gesagt: Wir müssen hier etwas tun und bitten die Filmstiftung, die unabhängig von uns ist - ich vertrete darin, so ist es nun einmal, den Gesellschafter Land -, dorthin Fördermittel zu geben. Das hat sie getan. Darüber habe ich in diesem Brief aufgeklärt.

In den Jahren 1991 und 1992 haben wir insgesamt sechs Filmprojekte, die schwerpunktmäßig in den DEFA-Studios produziert wurden, mit insgesamt 5,9 Millionen DM gefördert. Ein Film ist bis heute noch nicht abgerechnet. Der "NRW-Effekt", wie wir es nennen, war ca. 61 %. Das heißt, 3,6 Millionen von den 5,9 Millionen DM sind sogar in Nordrhein-Westfalen ausgegeben worden, obgleich wir es für die Projekte dort getan haben. Wir sehen keine Veranlassung, dies weiter fortzusetzen. Brandenburg und Berlin haben inzwischen eine außerordentlich kräftige Filmförderung. Insofern ist diese partnerschaftliche Hilfe nicht mehr notwendig; damals war sie es.

Wenn es dazu noch weiteren Aufklärungsbedarf gibt, liefere ich ihn sofort. Sie können jegliche Überprüfung haben. Was dort stattfindet, liegt außerhalb jedes Geheimnisses. Deshalb tut es mir so leid, daß darüber nicht korrekt informiert worden ist. Sie können sich darauf verlassen, daß wir uns bemühen, so etwas nicht zu wiederholen.

Im übrigen zur Filmstiftung - wenn ich das vielleicht doch noch einmal sagen darf -: Es ist schon so, Herr Kollege Dorn, daß diese Filmstiftung eine ungewöhnliche Breite in ihrer Förderung hat. Diese gibt es bei anderen Filmstiftungen nach meinem Wissen jedenfalls nicht: von der Förderung der Drehbuchautoren über die Programmkinos in Nordrhein-Westfalen bis hin zum Hörfunk - das ist schon ungewöhnlich. Ich bitte, es auch deshalb

(C)

(D)

(Minister Clement)

(A) so deutlich sagen zu dürfen, weil ich ein bißchen stutzig darüber bin - um es vorsichtig zu sagen und den Ministerpräsidenten nicht zu verärgern -

(Heiterkeit des Ministerpräsidenten Dr. Rau)

daß offensichtlich nicht genügend Kenntnis darüber besteht, beispielsweise bei Frau Kollegin Höhn. Ich möchte sie gern einmal einladen, wenn sie hier wäre, die Filmstiftung auch einmal zu besuchen und zu sehen, was dort auf kulturellem Sektor geschieht.

(Abgeordnete Hieronymi [CDU]: Das haben wir doch oft genug getan!)

Es ist ja wirklich Unsinn - ich versuche mich ein wenig zurückzuhalten -, es ist wirklich nicht richtig zu sagen, da werde nur Wirtschaftsförderung betrieben. Das ist absolut neben der Sache.

(Zuruf der Abgeordneten Hieronymi [CDU])

Das hat wirklich nichts damit zu tun. Wie kämen wir denn dazu? Wir machen das zusammen mit dem WDR. Die Hälfte der Mittel stammt vom WDR. Da wird ein Bild erzeugt, als hätten wir eine Kanone gegen den WDR aufgebaut. Das ist nun wirklich so widersinnig und hat so wenig mit der Sache zu tun, daß ich um Verzeihung bitte, wenn ich darauf so reagiere.

(B)

Frau Höhn, die nun immer noch nicht da ist, hat auch nach dem Grimme-Institut gefragt. Das Grimme-Institut hat in der Tat finanzielle Probleme. Die Förderung ist von seiten des Landes - wenn ich das richtig in Erinnerung habe, sie kommt aus dem Kultusministerium - um 90 000 DM gesenkt worden, von seiten der Stadt um 30 000 DM. Das ist bei dem Personallevel, der sehr gering ist, der nicht zu hoch ist, schwierig, weil natürlich die Personalkosten im Laufe der Zeit gestiegen sind.

Ich habe in der vergangenen Woche bei der Präsidentin des deutschen Volkshochschulverbandes, Frau Süßmuth, zusammen mit Vertretern des Volkshochschulverbandes und mit Herrn Hachmeister vom Grimme-Institut gesessen, um zu bereden, wie wir die finanziellen Probleme überwinden können. Wir sind für 1995 sicher - das heißt, insbesondere Herr Hachmeister, aber auch wir -, mit Sponsorengeldern diese Klemme zu-

nächst einmal überwinden zu können. Ansonsten haben wir dort besprochen, was auch hier bekannt ist und wir in der Landesregierung noch zu erörtern haben, daß wir ja das Projekt haben, dem Grimme-Institut eine Fernsehakademie zur Weiterbildung im Fernsbereich, für Fernsehpraktiker anzuschließen. (C)

Wenn das gelingt - das Konzept liegt jetzt vor und erscheint realisierungsfähiger als die bisherigen Vorstellungen, auch was die Finanzen angeht -, dann wird die Basis für Grimme so erweitert, daß das Institut auf Dauer lebensfähig ist. Da bin ich absolut sicher. Aber da muß ich um Verständnis bitten, das muß in der Landesregierung noch ordnungsgemäß geprüft, diskutiert und dann auch beschlossen werden. Aber ich hoffe, daß das im Laufe des neuen Jahres ziemlich rasch gelingt, so daß das Grimme-Institut dann außerhalb der Probleme ist, die im Moment tatsächlich ein bißchen drücken. Das ist in der Stadt und in der Region Marl außerordentlich wichtig, daß dieses Projekt Fahrt behält und noch mehr Fahrt bekommt. Dafür werden wir zu sorgen versuchen, jedenfalls dazu beizutragen versuchen.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Ist der Grimme-Preis auch gesichert?)

- Das ist alles gesichert. Die Mittel, die uns durch die aus unserer Sicht notwendigen Kürzungen fehlen, die wir in dem Etat global vorgenommen haben, die Mittel werden kompensiert durch Sponsoren, die ich jetzt nicht alle aufzählen will, die alle aus dem Medienbereich kommen, was aufgrund der Vielzahl der Sponsoren aus dem Medienbereich auch die Unabhängigkeit des Instituts nicht antastet. Aber auf Dauer brauchen wir dort eine andere, stabilere Struktur, und die werden wir schaffen. (D)

Vizepräsident Schmidt: Herr Clement, würden Sie noch eine Zwischenfrage von Herrn Vesper beantworten?

(Minister Clemen: Ja!)

Bitte!

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE): Herr Clement, halten Sie es denn für möglich, zumindest einen Teilbetrag dieser 90 000 DM doch zu bewilligen?

(A) **Minister für besondere Aufgaben Clement:** Nein. Wann immer wir aus privaten Mitteln das bekommen, was notwendig ist, sehe ich keinen Anlaß, öffentliche Mittel in Anspruch zu nehmen. Wenn es gelingt, Sponsoren zu gewinnen, die noch ein bißchen mehr geben können, als wir gekürzt haben - und da bin ich ganz guten Mutes -, dann finde ich das außerordentlich erfolgreich. Und Sie werden es nicht glauben, aber mir könnten noch viele Aufgaben einfallen, für die ich wünsche, wir fänden Sponsoren. Das ist beim Grimme-Institut nicht so schwierig, weil die Rundfunk- und Fernsehanstalten um den Wert auch des Grimme-Preises und des Grimme-Instituts wissen. Deshalb bin ich da auch sehr zuversichtlich, daß uns das gelingt, das zu korrigieren.

Wenn Sie mir noch eine Zwischenfrage zu Skopje gestellt hätten, hätte ich die gern beantwortet, weil ich auch da glaubte, einiges berichtigen zu müssen.

(Heiterkeit)

Aber darauf verzichte es jetzt und werde das zu gegebener Zeit noch etwas deutlicher tun. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

(B)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Herr Minister Clement. - Meine Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen zum Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei - liegen mir nicht vor. Ich schließe deshalb die Beratung.

Wir haben drei Änderungsanträge. Die Fraktion DIE GRÜNEN hat beantragt, beim Änderungsantrag Nummer 1 im Teilbereich 2 der Drucksache 11/8157 Einzelabstimmung vorzusehen. Wir werden zwei Abstimmungen machen, zunächst zu dem Kapitel 02 050 Titel 684 20 - Zuschüsse für politische Bildungsarbeit -, anschließend über die anderen Titel. So war es vorgesehen.

Ich rufe also auf: **Antrag Nummer 1**, Antragsteller BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 11/8157, Teilbereich 2, Kapitel 02 050 Titel 684 20 - Zuschüsse für politische Bildungsarbeit -. Wer ist für den Antrag? - GRÜNEN-Fraktion, CDU- und F.D.P.-Fraktion. Wer ist dagegen? - SPD-Fraktion. Gibt es Stimmhaltungen? - Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist mit der Mehrheit der SPD-Fraktion abgelehnt.

Wir stimmen dann ab ebenfalls **Antrag Nummer 1**, Teilbereich 2, Kapitel 02 010, 02 020, 02 040, Stichwort: Einzelposten. Wer ist für den Antrag der Fraktion der GRÜNEN? - Die GRÜNEN-Fraktion. Wer ist dagegen? - SPD, CDU und F.D.P. Gibt es Stimmhaltungen? - Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

(C)

Aufgerufen ist **Antrag Nummer 2**, Antragsteller F.D.P.-Fraktion, Drucksache 11/8158, Anlage 1, Kapitel 02 040, Stichwort: Filmfestival, Filmstiftung Nordrhein-Westfalen. Wer ist für den Antrag der F.D.P.? - Die F.D.P.-Fraktion. Wer ist dagegen? - SPD, CDU und GRÜNEN-Fraktion. Gibt es Stimmhaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Aufgerufen ist **Antrag Nummer 3**. Antragsteller BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 11/8170, Kapitel 02 020 - Zuschüsse zur entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit -. Wer ist für diesen Antrag? - Die GRÜNEN-Fraktion. Wer ist dagegen? - SPD, CDU und F.D.P. Gibt es Stimmhaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Wir kommen dann zur **Schlußabstimmung** über den Einzelplan 02 entsprechend der **Beschlußempfehlung Drucksache 11/8002**. Wer für die Beschlußempfehlung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? - CDU, F.D.P. und GRÜNEN-Fraktion. Gibt es Stimmhaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit haben wir den Einzelplan 02 in zweiter Lesung mit Mehrheit angenommen.

(D)

Ich rufe Nummer 6 auf:

Einzelplan 09: Ministerium für Bundesangelegenheiten

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 11/8009 und eröffne die Beratung. Gibt es Wortmeldungen? -

(Abgeordneter Rösenberg [CDU]: In Bonn ist alles in Ordnung!)

Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Beratung.